



Herausgegeben von Barbara Höll,
Klaus Lederer & Bodo Niendel

queer.macht.politik

Schauplätze gesellschaftlicher Veränderung



ms

*BARBARA HÖLL, KLAUS LEDERER,
BODO NIENDEL (HG.)*

QUEER. MACHT. POLITIK

Schauplätze gesellschaftlicher Veränderung

Männerschwarm Verlag
Hamburg 2013



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Dieses Buch wurde von der Rosa Luxemburg Stiftung gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet die Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnd.ddb.de> abrufbar.

Barbara Höll / Klaus Lederer / Bodo Niendel (Hg.)
queer. macht. politik
Schauplätze gesellschaftlicher Veränderung

© Männerschwarm Verlag, Hamburg 2013

Umschlaggestaltung: Carsten Kudlik, Bremen
unter Verwendung zweier Zeichnungen von Michael Weißhaupt

Druck: Idee, Satz & Druck, Hamburg

1. Auflage 2013

ISBN der Buchausgabe: 978-3-86300-152-0

ISBN der Ebook-Ausgabe: 978-3-86300-158-2

Männerschwarm Verlag
Lange Reihe 102 - 20099 Hamburg
www.maennerschwarm.de

INHALT

Petra Pau: Queere Einsichten und queere Ausblicke – Geleitwort	7
Barbara Höll/Klaus Lederer/Bodo Niendel: Schatz, wir müssen reden! – Vorwort	9
 <i>Broken Her*/His*tory</i>	
Barbara Höll: Retrospektive Gedanken über schwierige Emanzipationen und Parlamentarisches	17
Jan Korte/Klaus Lederer: Blockierte Erinnerung «Kriegsverrat» und Rosa Winkel	31
Michael Bochow: Dreißig Jahre Aidshilfen. Von den schwulen Gründungsjahren in eine queere Zukunft?	41
Susanne Stumpemhusen und Doro Zinke im Gespräch mit Klaus Lederer: «Ich glaube, da haben die Männer dazugelernt.»	57
Lala Süsskind im Gespräch mit Klaus Lederer und Tobias Rieder: «Vielfalt ist leider noch lange nicht Normalität, auch nicht in Deutschland.»	68
 <i>Im Leben</i>	
Konstanze Kriese: Problemzone Mensch. Zum Verhältnis von sozialer Frage und queer-feministischer Politik	81
Hakan Taş/Bodo Niendel: Zur sexuellen und kulturellen Vielfalt	95

Anna Rinne: Vom transformatorischen Potential von Slutwalks. Mit Slutwalks zu einer von Sexismus freien, queer- und trans*freundlichen Gesellschaft?	107
Nico Schulte: «Im Abseits des Lebens»? Warum ich ein Buch geschrieben habe.	121
Tobias Rieder: Vielfalt vollendet? Die Initiative «Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt»	129
Klaus Lederer/Carsten Schatz: Vom Kopf auf die Füße Anmerkungen zur Debatte um den Ausschluss der CDU vom Berliner CSD 2013	145
Gudrun Fertig: Queer Politics jenseits des Kapitalismus? Wie kann es gelingen, ein queeres Magazin zu machen und sich am Markt zu behaupten?	153
 <i>Und der Zukunft zugewandt – sexuelle Politiken</i>	
Monika von der Lippe: MamaMama und PapaPapa – LINKE Perspektiven für Regenbogenfamilien	161
Klaus Lederer: Was kommt nach der «Homo-Ehe»?	179
Bodo Niendel: Den gerissenen Faden wieder verknüpfen. Anmerkungen zu queer.	191
Nancy Wagenknecht: Queere Kritik, queere Erfahrung und politisches Lernen.	207
Carsten Schatz: Happy End? Nachdenken über das Ende von Aids	220
Jan Feddersen: Queer leben – ist das schon politisch? Anmerkung zu Bürgerrechtlichkeit, Queer Politics und anderssexuellen Performativitäten	232
Die Comics und ihre ZeichnerInnen	250
Über die AutorInnen	254

QUEERE EINSICHTEN UND QUERE AUSBLICKE

GELEITWORT

Schauen ich aktuell nach Russland, sehe ich die Auferstehung des klerikalen Mittelalters. Wer als Lesbe oder Schwuler wahrnehmbar ist oder für sie einsteht, wird verfolgt und verfeindet. In Frankreich demonstrieren Hunderttausende gegen verschiedene Lebens- und Liebesbedürfnisse. Im vermeintlichen Land der Aufklärung toben sie sich gegen eine progressive Gesetzgebung Ignoranz und Intoleranz aus. Vom Vatikan, den Evangelikalen in den USA oder von der Politik in islamistisch fundierten Staaten ganz zu schweigen: um die universellen Menschenrechte ist es schlechter bestellt, als vielfach proklamiert wird. Ja, gleichgeschlechtliche Partnerschaften gehören in diesen großen Rahmen. Ebenso ihre rechtliche Ausgestaltung und ihre gesellschaftliche – nicht Duldung –, sondern Anerkennung.

In Deutschland erleben wir gerade, wie die CDU/CSU vom Bundesverfassungsgericht Mal um Mal getrieben wird, ihr überholtes Menschen- und Familienbild zu korrigieren. Aber es geht bei alledem nicht nur darum, was Recht und Gesetz zulassen oder verbieten. Stellen wir uns die viel weiter gehende Frage: Wie wollen wir leben, miteinander, füreinander?

Meine Partei, DIE LINKE, hatte jüngst einen Programm-Parteitag. Vorgesehen war ein Abschnitt «Politik für Schwule und Lesben», was auf den ersten Blick progressiv klingt. Beim zweiten Überlegen aber zeigt sich die Beschränkung. Die Konzentration auf eine Zielgruppe verengt das eigentliche Ziel der Linken: «Damit wir leben können, wie wir wollen!» Denn das «Wir» bedarf der Solidarität.

«Können» verlangt Emanzipation. «Wollen» braucht Empathie. Dagegen führt Normierung zu Unterdrückung. Zum Defizit gehört Geschlechtergerechtigkeit.

Im Berliner Tiergarten erinnert ein Denkmal an die während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Sie wurden von den Nazis als unnütz und schädlich bezeichnet und als «undeutsch» gebrandmarkt. Auch nach 1945 galten «Homos» und «Lesben» als Aussätzige, in der BRD (alt) übrigens länger als in der DDR. Seither wurde vieles zum Besseren gewendet, aber noch nicht zum Guten.

Ein wissenschaftliches Team um Professor Heitmeyer kam aktuell nach zehnjährigen Untersuchungen zu dem Schluss: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt zu: gegen Ausländer, gegen Erwerbslose, gegen Obdachlose, gegen Menschen mit Behinderungen, gegen Andersdenkende und anders Liebende. Die Studie beschreibt «deutsche Zustände». Das Soziale wird ökonomisiert, die Demokratie entleert. So werde Öl ins Feuer gegossen, warnen die Forscherinnen und Forscher. Die aktuelle EU-Krise spiegelt genau diese Generalkritik: neoliberal statt menschenwürdig.

Das vorliegende Buch bietet queere Einsichten und queere Ausblicke. Natürlich für eine andere, bessere Gesellschaft, wofür DIE LINKE streitet – auch ich.

Petra Pau

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

SCHATZ, WIR MÜSSEN REDEN!

VORWORT

Innerhalb der vergangenen Jahrzehnte hat es eine unwahrscheinliche gesellschaftliche Veränderung gegeben. Trafen sich noch in den 1970er Jahren wenige AktivistInnen,¹ um für die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu streiten und auf die Straße zu gehen, so sind es heute Millionen, die die Straßen zum jährlichen Christopher Street Day füllen. Die Belange von Lesben und Schwulen sind auch im Mainstream Teil der öffentlichen Debatte, sie haben ihre Repräsentanz gefunden. In einer gänzlich anderen Situation sind Intersexuelle und Trans*. Ihnen werden immer noch grundlegende Menschenrechte vorenthalten. Und schließlich sind da die sozialen Fragen, die Herrschafts- und Machtverhältnisse überkommener Familien- und Geschlechterverhältnisse, die alles andere als erledigt, sondern ungebrochen hoch aktuell sind. Im globalen Maßstab bleiben die Verhältnisse für Lesben, Schwule, Trans* und Intersexuelle trotz positiver Trends in einzelnen Staaten weiterhin extrem prekär. Hier beobachten wir eine sehr widersprüchliche Entwicklung.

Mit der absehbaren Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare wird in Deutschland ein ganz wesentlicher Teil der Forderungen der bürgerrechtlich orientierten «Homo-Emanzipationsbewegung» erfüllt sein. War es das dann? Wir haben den Kampf um die

¹ In diesem Buch verwenden wir das klassische Binnen-I und * bei Trans*. Wir wissen, dass es nicht nur in der Wissenschaft weitere Versuche gibt, geschlechtliche und sexuelle Machtverhältnisse durch andere und neue Schreibweisen zu reduzieren. Aus Gründen der Einheitlichkeit der Schreibweise in diesem Band haben wir uns gemeinsam mit dem Verlag für die Verwendung des Binnen-I entschieden.

Eheöffnung und die rechtliche Gleichstellung von Ehe und Eingetragener Lebenspartnerschaft seit Jahren engagiert begleitet. Für uns ist das aber nicht das Ende der Fahnenstange. Wir finden, dass die Debatte um Diskriminierung und Ausgrenzung von Lesben, Schwulen, Trans* und Inter-Menschen nach wie vor nötig ist und auch um neue Facetten bereichert werden muss. Deshalb fragen wir: Wie soll es jetzt weitergehen? Wofür ist es jetzt wichtig zu kämpfen? Es ist längst nicht an der Zeit, sich zurückzulehnen und sich der Befriedigung über das Erreichte zu widmen.

Mit diesem Sammelband versuchen wir erstens eine Bestandsaufnahme. Seit vielen Jahren arbeiten wir im Themenfeld lesbischschwuler, trans*- und intersexueller Politiken, für Gleichberechtigung, aber eben auch für grundsätzlich andere Verhältnisse. Uns war und ist es wichtig, uns permanent auszutauschen und dabei über den eigenen Tellerrand zu schauen. Ständige Reflexion des eigenen Handelns ist notwendig. Kritik und Widerspruch helfen uns weiter. Wir wollen Rechenschaft ablegen und schauen, wie weit wir bis heute gekommen sind.

Nicht zuletzt wissen wir aus unserer parlamentarischen Erfahrung, dass sich politische Veränderungen nur durchsetzen lassen, wenn es dafür einen gesellschaftlichen Resonanzboden gibt. Deshalb wollen wir zweitens mit diesem Buch unsere politischen Strategien und Ansätze zur Debatte stellen und auch Kontroversen sichtbar machen. Queere Politik entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie hat ihre Wurzeln sowohl in der Lesbenbewegung, in der Schwulenbewegung, in der Frauenbewegung, im Feminismus, in der Politik der AIDS-AktivistInnen als auch in vielem anderen mehr.

Alle AutorInnen dieses Sammelbandes, so unterschiedlich ihre Sichten auch sein mögen, sehen sich im Erbe dieser Traditionslinien. Die Infragestellung der herrschenden Hegemonie von Zweigeschlechtlichkeit, Heteronormativitäts- und Geschlechterbildern eint sie. Wir HerausgeberInnen betrachten queeres Engagement als eine Praxis, die sich nicht der Vertretung von Gruppeninteressen verpflichtet sieht, sondern den Kampf um Antidiskriminierung und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen mit dem Kampf um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verbindet. Nicht alle AutorInnen

in diesem Band akzeptieren den Begriff «queer». Dennoch, so behaupten wir, verfolgen auch sie einen strategischen Ansatz, der über schwule oder lesbische Identitätspolitik hinausgeht, und arbeiten daran tatkräftig mit. Wir sind ihnen für die Mitwirkung an diesem Sammelband zu Dank verpflichtet. Für uns war nicht entscheidend, dass sie – wie wir – sich mit der Partei DIE LINKE identifizieren oder ihr nahe stehen, sondern dass sie uns geholfen haben, unterschiedliche gesellschaftliche, politische und lebensweltliche Bezüge herzustellen. Verschiedene Perspektiven waren uns wichtig.

Parallel zu den Veränderungen von Geschlechterverhältnissen und Familienbildern konstatieren wir eine tief greifende Veränderung von Ökonomie und Staat. Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung wurden zum Mantra in den herrschenden politischen und ökonomischen Strategien in der Gesellschaft. Soziale Sicherungssysteme wurden abgebaut, Arbeitsleben und Löhne dereguliert, Rechtsetzung auf private Institutionen verlagert, den globalisierten Finanzmärkten demokratische Prozesse untergeordnet. Es ist aus unserer Sicht nicht völlig überraschend, dass beide Entwicklungen parallel verliefen, sie stehen in einem Zusammenhang. Der Neoliberalismus ist zwar eine Kampfansage gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten gewesen. Seine Durchsetzungskraft beruhte jedoch nicht zuletzt darauf, dass ihn seine Apologeten mit einem Freiheitsversprechen verbanden. Es hieß nicht nur, alle seien «ihres Glückes Schmied», wobei die sozialen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der Freiheit der Einzelnen unterschlagen wurden. Tatsächlich verband sich die sozioökonomische Umwälzung der zurückliegenden Jahrzehnte mit einer Auflösung und Neujustierung mancher archaischen Familienbilder und Geschlechterverhältnisse, mit der Infragestellung von überkommenen Normen des menschlichen Zusammenlebens. «Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht» (Marx/Engels: 1972), so wurden schon 1848 die gesellschaftlichen Wirkungen der permanenten revolutionierenden Prozesse des Umbaus der Produktionsverhältnisse beschrieben. Und

so steht die rot-grüne Regierungsära sowohl für das Lebenspartner-schaftsgesetz wie auch für Hartz IV und Agenda 2010.

Die alte Zeit der viel gelobten sozialen Sicherheit war auch eine Zeit, in der sexuelle Minderheiten verfolgt wurden und die Vergewaltigung der Ehefrau straffrei war. Linke Politik darf nicht in der Vergangenheit schwelgen und in abstrakte Staatsgläubigkeit verfallen. Die von manchen heute wehmütig beschworenen «fordistischen» Zeiten des zeitweiligen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit im nationalstaatlich regulierten Rahmen mit Vollbeschäftigung und Massenkonsum, dem kollektiven Wohlstandsversprechen und fest gefügten herrschenden Vorstellungen vom «richtigen Leben» sind vorbei – und sie hatten eben auch ihre manifesten Schattenseiten. Linke Politik, so meinen wir, muss sich heute der Herausforderung stellen, einerseits die ökonomischen Verhältnisse zu demokratisieren und soziale Gerechtigkeit zu etablieren, andererseits die Zivilgesellschaft zu stärken, demokratische Freiheiten auszubauen und staatliche Zugriffe auf die individuelle Lebensgestaltung zu unterbinden. Es gibt also jede Menge zu tun. Dazu möchten wir mit diesem Buch einen kleinen Beitrag leisten, Denkanstöße geben und Auseinandersetzungen provozieren. Wir verfügen nicht über feststehende Wahrheiten, sondern halten es mit dem zapatistischen Motto «Fragend schreiten wir voran».

Zu Dank verpflichtet sind wir als HerausgeberInnen dieses Bandes einer ganzen Reihe von Menschen, die an seiner Entstehung mitgewirkt und sein Erscheinen ermöglicht haben. Tobias Rieder und Carsten Schatz haben uns bei der redaktionellen Arbeit kräftig unterstützt. Torsten Hesse von der Comicaademy School of Comic Arts, Matthias Höhne und die KünstlerInnen haben die Comicstrips und Grafiken beigetragen. Über dieses Projekt haben wir uns sehr gefreut. Christiane Hoff hat unter den unserem Alltag entsprechenden hektischen Verhältnissen das Lektorat besorgt. Detlef Grumbach und Joachim Bartholomae haben dieses Buch in ihr Verlagsprogramm aufgenommen und uns bei der Entstehung zur Seite gestanden. Die Rosa Luxemburg Stiftung hat schließlich durch ihre Unterstützung für dieses Projekt deutlich gemacht, dass ihr die Debatte um Akzeptanz sexueller Vielfalt ein Herzensanliegen ist und dieser Band hier-

zu ein wichtiger Beitrag sein kann. Ohne all diese Beteiligten wäre das Buch nicht, was es ist.

Wir müssen reden, wir wollen reden! Mit Menschen, die in Parlamenten wirken, genauso wie mit AktivistInnen in Initiativen und Verbänden, mit von den herrschenden Verhältnissen in unterschiedlichster Weise betroffenen Menschen. Wir möchten Sie und Euch einladen, daran auch zukünftig mitzuwirken. Auf www.queer-in-berlin.de/debatte wollen wir weitere Beiträge und Reaktionen öffentlich zugänglich machen und die Diskussion fortsetzen. Jetzt ist es an Ihnen und Euch. Wir freuen uns auf Debatte und Feedbacks!

Barbara Höll, Klaus Lederer und Bodo Niendel

Literatur

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972): Manifest der Kommunistischen Partei, in: *dies., Werke, Band 4, 6. Auflage*, Berlin, S. 459-493, S. 8.

THOMAS & STEFAN. 35 UND 37 JAHRE MARKETINGLEITER UND LEHRER



BROKEN HER/HIS*TORY*

BARBARA HÖLL

RETROSPEKTIVE GEDANKEN ÜBER
SCHWIERIGE EMANZIPATIONEN
UND PARLAMENTARISCHES

Immer mal wieder werden mir Fragen gestellt wie: «Wieso hältst Du eigentlich immer diese Reden zu einem queeren Thema? Haben wir denn da nicht einen Betroffenen oder eine Betroffene in der Fraktion?» Oder auf einem Podium zum CSD: «Frau Höll, wie kommen Sie als Mutter dreier Kinder, die auch verheiratet war, denn eigentlich zu diesem Thema?»

Ein und dieselbe Frage, einmal diskreditierend im Sinne von: sollen doch die Betroffenen sich wehren, und ein anderes mal freundlich neugierig, da mein Engagement für diese Thematik nicht die Regel ist und die Fragenden auch als klischeebehaftet blamiert. Die erste Frage berührt mein Verständnis für Politik. Natürlich betrifft die Ungleichbehandlung verschiedener Lebensweisen mich als Politikerin der LINKEN. Die Diskriminierung Schwuler, Lesben, Bi-, Trans- und Intersexueller ist – ebenso wie die nicht verwirklichte Gleichstellung von Frauen und Männern – Folge der patriarchalen Strukturen in unserer Gesellschaft: Der (deutsche) Mann, heterosexuell, erwerbstätig und Ernährer seiner Familie als allgemeinverbindliche Norm. Alle, die von dieser Norm abweichen, die Mehrheit der Bevölkerung, sind defizitär und bestenfalls durch Hilfskonstruktionen an diese Norm anpassbar. Die Forderung nach Akzeptanz aller Lebensweisen sagt genau diesem Gesellschaftskonzept den Kampf an.

Bei der Beantwortung der zweiten Frage tue ich mich immer etwas schwer. Wie erkläre ich kurz, was sich selbstverständlich entwickelt

hat? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit können im Folgenden meine persönlichen Eindrücke aber vielleicht etwas zum Verständnis dieser Entwicklung beitragen.

Eine typische Biografie aus dem anderen Teil Deutschlands: geboren als drittes von vier Kindern, Abitur, Studium in der Sowjetunion, wissenschaftliche Assistentin, zwei Kinder, Promotion. Eine Entscheidung zwischen Karriere und Familie musste ich nicht treffen. Dass dies nach westdeutschen Maßstäben sehr ungewöhnlich war, erkannten wir in der PDS in unserer ersten Legislaturperiode ab 1990 sehr schnell. Nichtsdestotrotz, auch die DDR war ein zutiefst patriarchales System, aber frauenfreundlicher. Frauen konnten aufgrund der über 90%igen Berufstätigkeit ihre Existenz selbst sichern und konnten auch innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate eigenständig entscheiden, ob sie ein Kind bekommen wollten oder nicht. Trotz eines gut ausgebauten Netzes von Kindertagesstätten, Möglichkeiten wie Frauensonderstudien usw. funktionierte auch in der DDR die berüchtigte gläserne Decke, die Frauen Spitzenpositionen verwehrte.

Folgerichtig gründete sich in der Zeit des Aufbruchs im Dezember 1989 der Unabhängige Frauenverband mit klarem feministischen Anspruch. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands, DFD, die Massenorganisation der Frauen der DDR, stellte sich im Dezember 1989 der Frage: wie nun weiter? Hier überwog die Befürchtung, dass wir wohl in den nächsten Jahren viel Kraft in Abwehrkämpfen lassen müssten, um nicht als Frau und Mutter wieder zurück an den Herd verbannt zu werden. Bald sollte Kurt Biedenkopf als sächsischer Ministerpräsident «die übersteigerte Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen» als Ursache der Massenarbeitslosigkeit beklagen.

Der Herbst 1989: Eine Zeit des Umbruchs, eine kurze Zeit lang, getragen von dem Wunsch vieler Menschen, eine neue, bessere, demokratische Gesellschaft zu gestalten, welcher sich allerdings bald als Illusion erwies. Die DDR brach zusammen und ein radikaler Umbruch setzte ein. Zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 übernahmen Runde Tische zum Teil staatliche Aufgaben. Nach meiner

Kenntnis gab es nur in Leipzig zusätzlich einen Frauenpolitischen Runden Tisch. Frauen aller Parteien, außer der CDU, Vertreterinnen von Organisationen und Initiativen diskutierten und versuchten, gemeinsam bestimmte Weichen zu stellen. Als Vertreterin des DFD war ich wütend, dass wir mit unserer Forderung nach einem Vetorecht der Gleichstellungsbeauftragten scheiterten, aber auch glücklich, dass wir zwei zusätzliche Stellen in der Stadtverwaltung verankern konnten: eine Lesbenbeauftragte und einen Schwulenbeauftragten.

Etwas überraschend wurde ich, das frühere SED Mitglied, das nicht in die PDS eingetreten war, von der sächsischen PDS gefragt, ob ich für sie für den 12. Deutschen Bundestag kandidieren wolle. Mit Menschen zu diskutieren und etwas zu bewegen machte mir Spaß, und so sagte ich mit einer Portion Naivität ja.

Am 2. Dezember 1990 wurde ich Mitglied des 12. Deutschen Bundestages. Alles war neu, und die Einzigen, die uns 17 Abgeordnete der Gruppe der PDS/ Linke Liste als gleichberechtigte Abgeordnete behandelten, waren die SaaldinerInnen im alten Wasserwerk und der Fahrdienst. Unsere Büros hatten wir auch nicht wie die anderen Fraktionen im Hochhaus, dem Langen Eugen, sondern etwas abgelegen im Bonn-Center unter dem Mercedesstern.

Mit dem Einigungsvertrag, der die Überleitung der DDR in die Bundesrepublik besiegelte, wurde das bundesdeutsche Rechtssystem vollumfänglich auf das Beitrittsgebiet übertragen, die Anwendung der Paragraphen 175 und 218 des Strafgesetzbuches blieb jedoch auf das Gebiet der alten Bundesrepublik beschränkt. Hatten die Verhandlungsführer erkannt, dass die Ausweitung der Paragraphen 175 und 218 auf das Gebiet der DDR zu stark an der Lebensrealität dort vorbeiging, wissend, dass in der alten Bundesrepublik die Frauen- und Schwulenbewegung seit Jahren die ersatzlose Streichung beider Paragraphen forderten?

Der Abbruch einer Schwangerschaft in den ersten zwölf Wochen war nun im kleineren Teil Deutschlands erlaubt, im größeren strafbar. Einvernehmliche und gewaltfreie Sexualkontakte von Männern mit (jungen) Männern waren im Osten erlaubt, in Westberlin straf-

bar. Der Paragraph 182 StGB galt nur im Gebiet der alten Bundesrepublik, während im anderen Teil der Paragraph 149 StGB der DDR weiterhin Gesetzeskraft hatte. Was in einem Teil Berlins erlaubt war, wurde im anderen Teil strafrechtlich verfolgt. Es gab fraktionsübergreifend die klare Zielstellung, diese absurde Situation bald zu beenden. Aber wie würde eine Reform aussehen? Würde ausreichend gesellschaftlicher Druck entfaltet werden, um die ersatzlose Streichung beider Paragraphen zu erreichen? Mir ist noch sehr gut erinnerlich, welch große Hoffnungen SPD Politikerinnen bezüglich der tatkräftigen Unterstützung aus dem Osten hegten. Sie wurden enttäuscht. Es gab zwar Widerstand, Unterschriftensammlungen und einige Aktionen, aber einerseits waren die Frauen in Ostdeutschland mehrheitlich mit den vielfältigen Folgen des Umbruchs ihrer Lebenssituation beschäftigt, andererseits ahnten sie nicht einmal, was der Paragraph 218 in der Praxis künftig für sie bedeuten würde. Das bis heute gültige Ergebnis ist bekannt: eine Fristenlösung von 12 Wochen mit Beratungspflicht für die Frauen.

Die PDS kämpfte für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218. Da es dafür aber keine parlamentarische Mehrheit gab, versuchten wir, wenigstens den Zwang zur Beratung abzuwenden, aber auch dies war letztendlich erfolglos. Trotz allem stellte das Ergebnis eine enorme Verbesserung dar, der Paragraph 218 wurde gestrichen und durch die Fristenlösung mit Beratungspflicht ersetzt.

Die Diskussion um den Paragraphen 175 StGB gestaltete sich ebenfalls sehr schwierig. Mit der Drucksachenummer 12/850 vom 26. Juni 1991 brachte ich den ersten Gesetzentwurf unter meiner Federführung für die Gruppe PDS/Linke Liste in den Bundestag ein. Die erste Lesung fand am 19. September 1991 statt. Wie damals üblich, schloss der von der PDS/Linke Liste gesetzte Tagesordnungspunkt die Beratungen des Plenums ab. Mitten in der Nacht gaben die RednerInnen der anderen Fraktionen ihre Reden zu Protokoll, entzogen sich der Debatte. Dafür gab es reichlich unqualifizierte Zwischenrufe während meiner Rede, in der ich deutlich machte, dass Jugendliche heute, ausgehend von ihrer Lebensrealität, jegliche neue Sexualvorschrift als weltfremd zurückweisen, woraufhin mir aus den Reihen der CDU/CSU Verbalpornographie unterstellt wurde. Beim Nach-

lesen der Debatte fällt natürlich der damals gängige und selbst bis heute noch nicht ganz verschwundene Argumentationsmechanismus auf: PDS ist gleich SED gleich DDR, Maul halten! Einige haben immer noch nicht bemerkt, dass sich dies gegen WählerInnen meiner Partei richtet.

Dass ausgerechnet die PDS die erste Debatte zur Streichung der Paragraphen 175, 182 und 145 im 12. Deutschen Bundestag initiierte, ärgerte die alteingesessenen Parteien allemal. Für mich war unser Gesetzentwurf Ergebnis der besonderen Zusammenarbeit mit der Schwulengruppe in der PDS, der späteren Arbeitsgemeinschaft «two in one – Lesben und Schwule in der PDS». Schwule junge Männer zeigten unverkrampft ihr Anderssein, sorgten für Glamour auf Parteitagen und forderten selbstbewusst Akzeptanz ein. Die Anfänge der Gruppe finden sich noch in der DDR, u.a. in der 1989 gegründeten Gruppe «Courage», mit deren Teilnahme am Pflingsttreffen der FDJ desselben Jahres erstmals Schwule und Lesben offiziell an einer Veranstaltung des FDJ-Zentralrates beteiligt waren. Der Film «Coming-out» von Heiner Carow, der erste und einzige DEFA-Film, in dem die Liebe zwischen zwei Männern im Mittelpunkt steht, feierte am Abend des 9. November 1989 eine umjubelte Premiere im Berliner Kino International, während zeitgleich die Mauer fiel. Der Film bedeutete Glasnost und Perestroika und stand am Beginn eines kurzen, hoffnungsvollen politischen Aufbruchs für einen wahrhaft demokratischen Sozialismus, den Christa Wolf und Stefan Heym in ihrem Aufruf «Für unser Land» umrissen. Zum Zustandekommen des Filmes trugen im Übrigen auch spätere Politiker der PDS/DIE LINKE bei: Lothar Bisky, der langjährige Vorsitzende unserer Partei, und Dr. Volkmar Schöneberg, derzeit Justizminister des Landes Brandenburg. Lothar Bisky war damals Rektor der Filmhochschule «Konrad Wolf» und stellte sogar seine Privatwohnung für die Innenaufnahmen zur Verfügung. Das Bekennen zum Anderssein, das Einfordern von Akzeptanz, das gleichberechtigte Zulassen vielfältiger Lebensformen war Teil der Auseinandersetzungen im Selbstfindungsprozess der späteren PDS.

Die Debatte um die Streichung des Paragraphen 175 dauerte insgesamt drei Jahre. Bündnis 90/Die Grünen zogen mit ihrem Gesetzentwurf zur ersatzlosen Streichung im Dezember 1991 nach. Sowohl die Gesetzesinitiative des Bundesrates als auch der Entwurf der Bundesregierung 1993 beinhalteten zwar die Aufhebung des Paragraphen 175, ersetzten ihn jedoch durch veränderte Jugendschutzvorschriften. Mit der Verabschiedung des Strafrechtsänderungsgesetzes im März 1994 wurde der Paragraph 175 zwar endlich aufgehoben, seine Geschichte jedoch damit nicht beendet.

Obwohl die im Namen des Paragraphen 175 begangenen Verbrechen an Homosexuellen in der Debatte thematisiert wurden, sollte es nochmals acht Jahre dauern, bis der Deutsche Bundestag sich im Jahre 2001 bei den Opfern entschuldigte. 2002 wurde von Rot-Grün dann die Errichtung einer Bundesstiftung in einem Gesetzentwurf gefordert, deren Zweck es sein sollte «homosexuelles Leben im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wissenschaftlich zu erforschen und darzustellen, die nationalsozialistische Verfolgung Homosexueller in Erinnerung zu halten, durch Öffentlichkeitsarbeit einer gesellschaftlichen Diskriminierung homosexueller Männer und Frauen in Deutschland entgegenzuwirken, Bürgerrechtsarbeit zu fördern, Menschenrechtsarbeit im Ausland zu unterstützen sowie das Gedenken an Leben und Werk Magnus Hirschfelds zu pflegen» (Drucksache 14/ 9218). Doch erst im Jahr 2011 kam es zur Gründung der Bundestiftung Magnus-Hirschfeld, deren Kuratorium ich zur Zeit angehöre.

Nach der Abschaffung des Paragraphen 175 StGB wurde von verschiedenen Seiten zu Recht der Umgang mit Homosexuellen in der Vergangenheit thematisiert. Nach jahrelangen Diskussionen verabschiedete der Bundestag im Jahre 2001 eine gemeinsame Erklärung, eine pauschale Entschuldigung an die Opfer der in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Viele von ihnen mussten schwerste Leiden in Konzentrationslagern erdulden, und es war ihnen nach Kriegsende de facto verwehrt, wenigstens wie andere Opfergruppen eine Anerkennung und damit auch das Recht auf Entschädigung ihrer Leiden zu erhalten. Es existierten bereits wieder so

genannte Rosa Listen, und den Betroffenen drohte, erneut auf diesen Listen zu landen und damit auch wieder in das Blickfeld der Justiz zu geraten, schlimmstenfalls sogar erneut inhaftiert zu werden. Denn der Paragraph 175a in der Nazifassung galt ja weiterhin fort, in der Bundesrepublik noch bis 1968. Eine abschließende Rehabilitierung und Entschädigung, wie es die PDS und DIE LINKE in drei Anträgen forderte, ist bis heute nicht gelungen.

«Mit der staatlichen Vereinigung Deutschlands ist der Zeitpunkt gekommen, da nach Artikel 146 des Grundgesetzes das deutsche Volk ›in freier Entscheidung‹ über seine endgültige Verfassung entscheidet.» Mit dieser Problembeschreibung legte die Gruppe der PDS/Linke Liste im Januar 1994 ihren Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland vor (Drucksache 12/6570). Der Artikel 16, Gleichheit, definierte nicht nur im Absatz 1, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, sondern detailliert im Absatz 2: «Niemand darf wegen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, Heimat und Herkunft, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Abstammung, Nationalität und Sprache sowie der körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung und religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugungen unmittelbar oder mittelbar benachteiligt oder bevorzugt werden» (ebd.).

Das von uns geforderte Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Orientierung war tatsächlich gemeinsam erarbeiteter Stand in der Partei und der parlamentarischen Gruppe.

In die Diskussion um das Parteiprogramm der PDS hatten wir uns eingebracht und noch auf dem Parteitag eine bessere und genauere Formulierung mehrheitsfähig gemacht. In der Gruppe der PDS/Linke Liste hinterließ die Sitzung unter Teilnahme von Vertretern der Schwulengruppe nachhaltigen Eindruck. Hans Modrow und Prof. Uwe Jens Heuer waren sichtlich von den jungen Männern, insbesondere vom Lederoutfit, und unserer sachlichen Darlegung verschiedener Formen von Sexualität beeindruckt. Gregor Gysi konnte mit Nekrophilie nichts anfangen. Einig waren wir uns, dass einvernehmliche sexuelle Beziehungen unter Wahrung der Würde der/des anderen Privatsache sind und der Staat sich da herauszuhalten hat.

Neben der Diskussion um die Streichung des Paragraphen 175 bewegte Anfang der 1990er Jahre die neue Infektionskrankheit HIV/AIDS natürlich auch die Bonner Politik. Unserer Gruppe PDS/Linke Liste war dieses Thema äußerst wichtig. Deshalb holten wir uns auch mit Ralf Kuklinski einen jungen, engagierten, betroffenen Mann als Sachverständigen für unsere Arbeit. Ich erinnere mich gut, es war, glaube ich, im Frühjahr 1992, als ich mich gemeinsam mit Ralf zur internationalen AIDS-Tagung auf den Petersberg aufmachte. Unsere Anwesenheit rief Erstaunen hervor, aber nach der Vorstellungsrunde wurden wir des Saales verwiesen. Nichtsdestotrotz kämpften wir sehr intensiv um die Beibehaltung der liberalen Linie des Gesundheitsministeriums. Frau Professorin Süssmuth hatte als Gesundheitsministerin erfolgreich Versuche, insbesondere aus Bayern, abgewehrt, HIV-Positive so weit wie möglich aus der Gesellschaft auszugrenzen. Der damalige bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler hatte die Isolation HIV-Positiver gefordert, der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer, CSU, unterstützte das und forderte, Aidskranke zu «konzentrieren». Zum Glück wurde dieser Weg nie gegangen.

Nachdem die Streichung des Paragraphen 175 gelungen war, ging es natürlich politisch um die Frage, wie das Zusammenleben gleichgeschlechtlich Liebender rechtlich ausgestaltet werden muss. Ganz praktische Fragen, wie z.B. das Zeugnisverweigerungsrecht, Auskunftersuchen im Krankenhaus oder die Weiterführung eines Mietverhältnisses, wenn ein Partner/eine Partnerin verstorben war, standen auf der Tagesordnung.

In der 13. Legislaturperiode wurde die Arbeit der Gruppe der PDS im Bereich der Queerpolitik durch Christina Schenk wesentlich verstärkt. Neben der Klärung der angesprochenen praktischen Fragen war die Zeit geprägt durch eine Diskussion, ob unsere Zielstellung darin besteht, die Öffnung der Ehe auch für lesbische und schwule Paare als Lösung anzustreben, oder ob es nicht an der Zeit wäre, der gesellschaftlichen Realität Rechnung zu tragen und das traditionelle Ehemodell insgesamt infrage zu stellen. Der Bundesverbandes Homosexualität (BVH) legte Anfang der 1990er Jahre ein Konzept der

«Notariell beglaubigten Partnerschaft» vor, das keine Geschlechterverschiedenheit und auch keine Begrenzung der Personenzahl vorsah. Dieses Konzept inspirierte mich und viele andere.

Mit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün im Jahre 1998 und dem Erlangen des Fraktionsstatus der PDS mit 36 Abgeordneten erhielt unsere Arbeit eine neue Qualität. Die Diskussion um die Eingetragene Lebenspartnerschaft wurde in unserer Fraktion sehr heftig geführt. Die Grünen favorisierten dieses neue Rechtsinstitut, das sie vom Schwulenverband Deutschland (SVD), später LSVD¹, übernahmen, mit dem sie auch personell eng verwoben waren. Vorschläge des BVH für ein neues Rechtsinstitut belebten sowohl die Diskussionen in der Community als auch in der PDS, sie konnten aber keine Mehrheit im Bundestag erringen.

Mir war klar, dass mit unserer Forderung die Ehe zu öffnen, also den Zugang gleichgeschlechtlich Liebender in das normale Rechtsinstitut Ehe zu ermöglichen, noch keine gesellschaftliche Mehrheit zu erreichen sein würde. Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei natürlich das Ehegattensplitting, eine einkommensteuerliche Maßnahme, die bei ihrer Einführung vorrangig dazu diente, die Ehefrau und Mutter wieder an das Haus und den Herd zurückzuführen, so dass sie sich der Kindererziehung und Betreuung widmen konnte, während der Vater die Familie durch seine Erwerbstätigkeit außer Haus ernährte. Von Beginn an war dieses Modell für die PDS ein überholtes Familienmodell, denn es entsprach nicht mehr der veränderten Lebensrealität. Deshalb forderten wir bereits in unserem ersten Wahlprogramm 1990 die Abschaffung des Ehegattensplittings. Würde nun aber die Einführung eines Rechtsinstituts für Schwule und Lesben mit allen Rechten und Pflichten der Ehe nicht zu einer Verfestigung eines an sich überholten Privilegs führen? Diese Diskussion führten wir heftig. Im Ergebnis dessen enthielten wir uns bei der Abstimmung im Jahr 2001 zum Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) als Gesamtfraktion, drei Kolleginnen stimmten dagegen.

¹ 1999 kam das L für die Lesben zum SVD hinzu, und nicht nur im Namen fügten sich Lesben zum SVD, wengleich die Schwulen weiterhin in einer deutlichen Mehrzahl sind.

Eine Entscheidung, die Gregor Gysi im Nachhinein zu Recht kritisierte. Sicher hing die Entscheidung zum Ja für die Eingetragene Lebenspartnerschaft nicht von den Stimmen der PDS-Fraktion ab, trotzdem stimme ich Gregor Gysi zu. Gregor Gysi, der im Übrigen von Anfang an für die Rechte von Schwulen und Lesben eintrat, hatte als Fraktionsvorsitzender einen wesentlichen Anteil daran, dass dieses Thema in unserer Fraktion immer einen hohen Stellenwert besaß. Auch wenn die Konstruktion der Eingetragenen Lebenspartnerschaft, so wie sie verabschiedet wurde, – mit gleichen Pflichten für verpartnerte Schwule und Lesben, aber ungleichen Rechten gegenüber der Ehe – einen tiefen Konstruktionsfehler hatte, war das Gesetz doch eine entscheidende Maßnahme, um die Akzeptanz für gleichgeschlechtlich Liebende in der Gesellschaft massiv zu erhöhen. Dies nicht von vornherein mitgetragen zu haben, kritisiert Gregor Gysi noch heute, da das LPartG die Tür zur Diskussion und zur vollständigen rechtlichen Gleichstellung öffnete.

Im Jahre 2002 schaffte die PDS dann nicht den Sprung in den Deutschen Bundestag. Nur unsere zwei direkt gewählten Abgeordneten Gesine Löttsch und Petra Pau vertraten dort unsere politischen Ansätze. Dessen ungeachtet wurde die Arbeit für queere Ansätze in der Partei weitergeführt und auch offensiv durch unsere Abgeordneten in den ostdeutschen Landtagen vertreten. Die 1990 gegründete Bundes-AG «two in one» hatte sich weiterentwickelt und geöffnet, natürlich auch für Lesben, und nannte sich später «queer».

Die Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes auf Landesebene war ein mühsamer Prozess. Sachsen zum Beispiel war eines der Bundesländer, in denen es homosexuellen Paaren lange nicht gestattet war, ihren Bund fürs Leben ebenfalls auf dem Standesamt einzugehen. Sie wurden dort lange Zeit weiter in die Ordnungsämter verbannt.

Als die Linke 2005 wieder mit Fraktionsstärke in den Bundestag einzog, war klar, dass wir einerseits für die Gleichstellung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Institution Ehe kämpfen müssen und andererseits die ungerechtfertigte Privilegierung der Ehe, unabhängig davon, ob in Ehen Kinder aufwachsen oder nicht, zur